

Antragsteller:

Heroldsberg,

Tel.-Nr. des Antragstellers:

evt. verantwortlicher Bauleiter: Tel.-Nr.:

An den
Markt Heroldsberg
Technik und Versorgung
Hauptstraße 104
90562 Heroldsberg

Sachbearbeiterin: Frau Stell
Telefon: 0911/518 57 37
Fax: 0911/ 518 57 40
E-Mail: u.stell@heroldsberg.de

Antrag Sondernutzung an öffentlichem Verkehrsgrund (gem. Art. 18 Abs. 1 BayStr.WG)

Für die folgende Nutzung wird hiermit die Erlaubnis zur Sondernutzung öffentlicher Verkehrsflächen beantragt.

Aufstellung eines Baugerüstes

Aufstellung von Maschinen
(Bagger, Kräne, Bauwagen usw.)

Anbringen von Schutzvorrichtungen
(Bauzäune usw.)

Anbringen von Warenautomaten

Lagern von festen Gegenständen
(Erde, Aushub, Baumaterial)

Aufstellung von Containern und Wechselbehältern

Ort der Maßnahme:

Bezeichnung der Verkehrsfläche:
(z.B. Hauptstraße vor Hs.Nr. 10)

Ausmaß der Aufstellung/Ablagerung:

benötigte Fläche (Länge, Breite, Tiefe)

Zweck/Grund der Aufstellung/Ablagerung:

Zeitraum der Sondernutzung:

Beginn, voraussichtliche Dauer

Die auf dem Beiblatt aufgeführten Bedingungen werden als rechtsverbindlich anerkannt. Ihre Erfüllung wird ausdrücklich zugesagt.

Mir/Uns ist bekannt, dass eine etwa erforderliche verkehrsrechtliche Erlaubnis zu diesem Vorhaben bei der zuständigen Straßenverkehrsbehörde gesondert zu beantragen ist.

Unterschrift des Antragstellers

Allgemeine Bedingungen für die Erteilung der Erlaubnis zur Sondernutzung an öffentlichem Verkehrsgrund

1. Die Verkehrsflächen dürfen nicht mehr und nicht länger in Anspruch genommen werden, als unumgänglich notwendig ist.
2. Die Baustellen müssen bei Tag und Nacht ausreichend gesichert, nach außen abgeschränkt, bei Dunkelheit beleuchtet und mit den amtlichen Verkehrszeichen versehen werden.
3. Der Aufstellungsort / Ablagerungsort muss möglichst reingehalten werden.
4. Falls mit der Sondernutzung Aufgrabungsarbeiten verbunden sind:
Belag, Untergrund und tiefbauliche Anlagen sind möglichst zu schonen. Vor Baubeginn ist bei allen davon betroffenen Stellen, nämlich Fernmeldeamt, Gas- und Elektrizitätswerk, Wasserwerk, benachbarte Industrieanlagen usw., Rückfrage zu halten und festzustellen, ob durch die Sondernutzung irgendwelche Versorgungsleitungen oder zeitgebundene Verkehrsbedürfnisse gefährdet bzw. unzumutbar beeinträchtigt werden. Werden Versorgungsleitungen und andere Anlagen freigelegt, so sind die zuständigen Stellen unverzüglich zu benachrichtigen.
5. Für etwaige Unfälle im Zusammenhang mit der Sondernutzung muss die Haftung übernommen werden.
6. Beim Wiederauffüllen der Baugrube ist sachgemäß zu verfahren. Etwa eintretende Senkungen sind unverzüglich nachzufüllen. Übrigbleibendes Material ist unverzüglich wegzufahren.
7. Sobald die Wiedereinfüllung sich genügend gesetzt hat, sind unverzüglich sachgemäß und in der früheren Art und Güte der ordentliche Unterbau und der Belag sowie die anderen Anlagen wieder herzustellen oder wieder anzubringen. Später etwa eintretende schädliche Folgen der Sondernutzung sind unverzüglich zu beseitigen.
8. Der Markt Heroldsberg behält sich vor, für die durch die Straßenaufgrabung bedingte Wertminderung der Straße einen Ersatzbetrag zu fordern.
9. Die Erlaubnisbehörde kann nach Lage der Dinge notwendige weitere Auflagen im Erlaubnisbescheid machen.
10. Bei Nichterfüllung der Bedingungen oder der Auflagen nach Ziff. 9 ist die Erlaubnisbehörde nach vorheriger Androhung der Ersatzvornahme innerhalb angemessener Frist berechtigt, alle erforderlichen Maßnahmen auf Kosten des Erlaubnisinhabers vorzunehmen. Bei Gefahr im Verzug bedarf es keiner vorherigen fruchtlosen Androhung der Ersatzvornahme.
11. Der Erlaubnisnehmer hat bei Widerruf der Erlaubnis oder bei Sperrung, Änderung, Umstufung oder Einziehung der Straße keinen Ersatzanspruch gegen den Markt Heroldsberg.
12. Von allen Ansprüchen Dritter, die in Folge der Benutzung oder der Herstellung, des Bestehens, der Unterhaltung, der Änderung oder der Beseitigung der Anlage gegen den Träger der Straßenbaulast oder gegen einen für diese tätigen Bediensteten geltend gemacht werden, hat der Berechtigte den Träger der Straßenbaulast und den betreffenden Bediensteten freizustellen, es sei denn, dass diesen Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt.
13. Der Antragsteller übernimmt die Verantwortung für die ordnungsgemäße Aufstellung der Verkehrszeichen, deren Beleuchtung und trägt die dafür entstehenden Kosten.